

von einem stark zentralisierten Ganzen her, von dem aus sich die Ortskirchen über die Erde ausbreiten und ganz zu untergeordneten Teilen der Einheit werden, sowohl tatsächlich wie rechtlich, und diese Konstruktion will er durch die eucharistische Idee bannen. Dabei wird dann die Katholizität in die Ortskirche verlegt und die Universalität aus ihr abgeleitet, die ihrerseits eine Organisation der Gemeinschaft aller Kirchen notwendig macht, und zwar nicht ohne rechtliche Elemente. Hier wird der Primat zu einer Funktion in der Kirche, und seine Entscheidungen hängen vom Konsensus der Konzilien ab. Die Rolle des Primats wird ganz zur Funktion des Koordinierens der Lokalkirchen, allerdings mit dem Vorrecht der Initiative. Ohne auf die Einwände von P. Camelot und Dom Botte zurückzukommen, bemerkt Le Guillou dazu folgendes:

Die Kirche ist niemals die Summe der Lokalkirchen, sondern eine von Gott geschaffene Einheit. Zweifellos ist die Kirche eine eucharistische Gemeinschaft, aber als solche ist sie entstanden aus der dreifachen Gewalt Christi, der priesterlichen, prophetischen und königlichen Vollmacht, die eine einzige Sendung Christi darstellen, vom Vater empfangen und den Aposteln übermittelt. Durch die Bischöfe hindurch sind es stets die Apostel, die fortfahren, die Kirche zu regieren, wie die Präfation der Apostelfeste eindrucksvoll bekundet. Die eucharistische Gemeinschaft, die zuerst und vor allem von der priesterlichen Gewalt Christi geschaffen worden ist, existiert nicht ohne die beiden anderen Vollmachten, die prophetische zur Verkündigung des Gottesreiches und die königliche oder rechtliche Vollmacht, zur Teilnahme an diesen Gütern hinzuführen. Eine Theologie der eucharistischen Kirche impliziert also eine Theologie der apostolischen Vollmachten, die von Christus übermittelt sind. An diesem

Punkt, so schließt Le Guillou, würden die weiteren Untersuchungen, die in Vorbereitung sind, fortfahren.

Wie man sieht, dürfte es diesem Heft der „Istina“ gelungen sein, eine wirkliche Gesprächsgrundlage mit einer fruchtbaren Problemstellung erreicht zu haben, die auch für die Behandlung dieser Fragen innerhalb des lutherischen Bereiches nicht unwichtig ist (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 241: „Kirche und Recht in der evangelischen Theologie“, sowie ds. Jhg., S. 338 ff.). Man erkennt nun auch den sinnvollen Zusammenhang dieses Gesprächs mit den theologischen Bemühungen um die Ausarbeitung der Lehre vom Bischofsamt in seinem Verhältnis zum Primat (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 188 ff.: „Was ist ein Bischof?“). Es wäre freilich fehl am Platze, das bisher eingeleitete und noch auf Paris-Chevetogne beschränkte Gespräch zu überschätzen. Wichtig ist, daß es begonnen hat, während gleichzeitig die mehr kirchenpolitische Fühlungnahme zwischen dem Moskauer Patriarchat und dem Weltrat der Kirchen einsetzt. Auch hier gilt, was Dom Botte einleitend erklärt, daß die Tradition nicht nur durch Theologie, sondern durch das Leben der Kirche gebildet wird. Es braucht für die Gespräche mit den Orthodoxen gewiß nicht weniger Geduld als für analoge Gespräche, die seit Jahren mit der lutherischen Theologie im Gange sind und deren Ergebnisse so ungreifbar zu sein scheinen, daß nur Kenner in der Lage wären, ihre Wirkungen darzustellen, was vorerst aus guten Gründen besser nicht geschehen sollte. An dem katholisch-orthodoxen Gespräch wird auch dieses deutlich, daß das weitere Gespräch mit den getrennten Glaubensgemeinschaften nicht vorankommen kann, wenn die Spannungen mit der Orthodoxie nicht vorher durchgearbeitet und wenigstens im Prinzip überwunden worden sind.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Die Kirche gegenüber Armut und Unwissenheit in den lateinamerikanischen Ländern

Es ist auffallend, wie sehr sich in den letzten Jahren die Stimmen der Bischöfe der lateinamerikanischen Länder mehren, die sich zu den ganz besonderen sozialen und missionarischen Problemen ihres Kontinents äußern und sich mahnend an die Regierungen wenden. Darin zeigt sich, daß gewisse Wirklichkeiten mehr und mehr ins öffentliche Bewußtsein, auch das der Kirche, dringen und daß die Aktivität der Gläubigen und der Hierarchie mehr und mehr von der Behandlung solcher Probleme Abstand nimmt, die ihr auf Grund der traditionellen Gegebenheiten des vorigen Jahrhunderts aufgegeben schienen.

Lateinamerika war zuerst ein Kolonialland, dann eine Gruppe von Staaten, die nach und nach — relativ spät — ihre Selbständigkeit errangen, indem sie sich zu Staaten möglichst ähnlicher Art wie die beiden Mutterländer Spanien und Portugal konstituierten, soweit es Kultur und gesellschaftliche Struktur betraf. In allen diesen Ländern gibt es — bei großen Unterschieden aller Art — doch die gemeinsame Eigenart einer kulturtragenden, großenteils städtischen Gesellschaft mit weitgehend „europäischen“ Problemen neben einer — oder auch mehreren — ganz anderen, von der öffentlichen Erschei-

nung mehr oder weniger abseitigen Lebensform; die gleichen ungeheuren Kontraste zwischen Armut und Reichtum, mehr oder weniger zusammenfallend mit einer Führungsschicht spanisch-portugiesischer Herkunft und der breiten Masse von Eingeborenen, Schwarzen und Mischlingen (übrigens ohne Rassenprobleme — die hier nur als soziale Probleme auftreten); die gleichen Gegensätze zwischen dicht besiedelten und fast leeren Räumen; die gleiche Tatsache, daß fast alle Bewohner dieser Länder getauft sind, daß die verschiedenen Lebenskreise aber trotzdem keine Einheit bilden. In fast allen lateinamerikanischen Staaten gibt es zudem noch echte Missionsgebiete, die in den unzugänglichsten Gegenden Süd- und Mittelamerikas und Mexikos liegen. Heute wird sich die Kirche immer deutlicher dessen bewußt, daß all diese Gegensätze zusammen erst Lateinamerika ausmachen, daß sie alle von ihr integriert werden müssen und daß sie auch nur in ihr ihre Einheit finden können.

Viele Faktoren tragen dazu bei, daß die lateinamerikanischen Staaten zu einem neuen Selbstbewußtsein gelangen. Der stärkste Antrieb mag dabei von der Notwendigkeit ausgehen, das Lebensgebiet der ungeheuer rasch wachsenden Bevölkerung dieser Länder zu erweitern: die riesigen leeren Räume müssen in die nationale Existenz mit einbezogen werden. Gelegentlich kommt hinzu, daß sie

Naturschätze bergen, deren Erschließung notwendig wird. Die Erforschung dieser weiten leeren Gebiete unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt führt dazu, daß sie auch für die menschlichen und kulturellen Gesichtspunkte erheblich konkreter werden. Die Probleme ihrer Bewohner treten stärker ins Blickfeld der Kirche.

Ein weiterer Umstand hat darauf aufmerksam gemacht, daß gewisse Erscheinungen, deren sich die Kirche in den einzelnen Ländern oder auch die einzelnen Missionsgesellschaften in den verschiedenen Gegenden längst bewußt waren, für ganz Lateinamerika gültig sind: das Vordringen der protestantischen Missionen in Lateinamerika, vor allem auch das lange Zeit sozusagen unbemerkte Vordringen verschiedener Sekten und ihre Erfolge. Es wurde deutlich, daß es in diesen weiten Ländern räumliche und seelische Gebiete gibt, die, obgleich der Katholizismus die offizielle Religion fast aller Einwohner des Subkontinents ist, in religiöser Hinsicht allzu unbetreut geblieben sind. Wenn es den protestantischen Predigern gelungen ist, trotz der großen Schwierigkeiten in diese Räume einzudringen, hätte das auch der Seelsorge der eigenen, angestammten Kirche gelingen müssen.

Und schließlich gab es bereits einzelne Initiativen, auch von katholischer Seite, die die neuen technischen Mittel in den Dienst der Menschen, die in entlegenen Gebieten wohnen, stellten, wodurch das ganze Problem noch deutlicher sichtbar wurde.

Die Bedeutung des Lateinamerikanischen Bischofsrats

Daß die lateinamerikanische Hierarchie insgesamt sich der Probleme von Armut und Unwissenheit, insofern sie von der „europäischen“ Form dieser Probleme abweichen, in den letzten Jahren so viel aktiver als früher zugewandt hat, ist ohne Zweifel das Verdienst der Koordinierung der Bemühungen der verschiedenen lateinamerikanischen Länder in dem 1955 ins Leben gerufenen „Rat des lateinamerikanischen Episkopats“ (CELAM), dessen Sitz die Hauptstadt von Kolumbien, Bogotá, ist. Dieser Organismus wurde im Gefolge der Generalkonferenz des lateinamerikanischen Episkopats in Rio de Janeiro anläßlich des Eucharistischen Weltkongresses in Rio im Juli/August 1955 konstituiert; er repräsentiert die Bischöfe des ganzen Kontinents. Ein Generalsekretariat bildet seinen ständigen Exekutivausschuß (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 455). Zum ersten Mal trat dieser Bischofsrat am 5. November 1956 in Bogotá zusammen, um seine Statuten zu formulieren und einen ersten Überblick über die Probleme zu gewinnen, die ihn zu beschäftigen haben.

Auf dieser Tagung (die sich künftig alljährlich um die gleiche Zeit für acht Tage zusammenfinden wird) wurden für die verschiedenen Aufgaben fünf Untersekretariate gegründet mit folgenden Bereichen:

1. Erhaltung und Ausbreitung des katholischen Glaubens (Glaubensverteidigung, Predigt, Katechese, religiöse Unterweisung, Liturgie; Indianermission, Einwandererseelsorge; Presse, Rundfunk, Film, Fernsehsendung);
2. Klerus und Orden, Seelsorge, Priesterberufe;
3. Erziehung und Jugend;
4. Laienapostolat;
5. Soziale Aktion und Fürsorge.

Die Bedeutung dieser ständigen Ausschüsse, mit denen die Episkopate der einzelnen Länder in dauerndem Kontakt bleiben, macht sich schon heute deutlich bemerkbar. Für

die spezifisch lateinamerikanischen Probleme von Armut und Unwissenheit ist vor allem das erste Untersekretariat zuständig; doch auch das zweite hat seine Bedeutung dadurch, daß es die Bemühungen der einzelnen Missionsgesellschaften koordiniert (wie es in einigen der Länder auch die ebenfalls seit kurzem bestehenden „Konferenzen der Ordenssuperioren“ tun, die durch das Sekretariat des CELAM nun auch zwischenstaatlich koordiniert werden); diese wiederum wird mit der Arbeit der Weltpriester in Übereinstimmung gebracht.

Zu den in den Statuten des CELAM genannten Aufgaben gehört auch, die (Art. 2) „Initiativen und Werke zu fördern und zu stützen, die direkt oder indirekt von allgemeinem Interesse sind“ (vgl. „La Civiltà Cattolica“, 20. 4. 57; F. Cavalli SJ: Un organismo episcopale per il coordinamento dell'apostolato cattolico nell'America Latina). Zu diesen Initiativen gehört vor allem „Radio Sutaenza“, die geniale Idee eines Priesters in einer der entlegensten Gegenden Kolumbiens, auf die wir noch zurückkommen werden.

Kampf gegen Analphabetentum und religiöse Unwissenheit

Man schätzt die Bevölkerung Lateinamerikas heute auf annähernd 186 Millionen. 97 Millionen davon sind über 15 Jahre alt, und von diesen können etwa 42 Millionen weder lesen noch schreiben. Das Analphabetentum ist zwar sehr ungleich über die verschiedenen lateinamerikanischen Länder verteilt, aber alle Länder leiden, wenn auch in unterschiedlichem Maße, an seinen Auswirkungen. Schätzungen, die Prof. Moses Poblete Troncoso von der Universität Santiago de Chile in der Januarnummer des Bulletin der Unesco von diesem Jahr anführt, ergeben, daß

	Prozent		Prozent
in Argentinien	86,4	in Venezuela	52,2
in Uruguay	80—85	in Kolumbien	50—55
in Chile	80	in Perú	45—50
in Kuba	75—80	in Brasilien	49,4
in Costa Rica	79,4	in San Domingo	42,9
in Porto Rico	73,3	in San Salvador	39
in Panamá	69,9	in Honduras	35,2
in Paraguay	65,8	in Guatemala	29,4
in Mexiko	56,8	in Haiti	10,5
in Ecuador	55—70		

der Bevölkerung lesen und schreiben können, die übrigen nicht (nach Fidesdienst, 8. 3. 58). Große Länder wie Mexiko, Kolumbien, Perú, Brasilien haben also 40—50% Analphabeten — von den mittelamerikanischen Staaten ganz zu schweigen.

Einem katholischen Informationsdienst aus Bogotá zufolge beträgt die Zahl der schulpflichtigen Kinder, die keinerlei Schule besuchen:

	Prozent
in Argentinien	15,3
in Chile	39
in Paraguay	41,75
in Brasilien	47,86
in Bolivien	71,12

(nach SVD Missionsdienst, 25. 2. 58.)

Auf einer Tagung in Lima im Sommer 1956 sagte Guglielmo Nanetti, Repräsentant der „Organisation Amerikanischer Staaten“, von 29 Millionen Kindern im schulpflichtigen Alter blieben 14 Millionen völlig ohne Unterricht infolge des Mangels an Schulen und an Lehrern.

Die Belehrung dieser Bevölkerung stellt natürlich ein besonderes Problem auch für die Kirche dar, dem der lateinamerikanische Episkopat sich heute energisch zuwendet. Er ist sich dessen bewußt, daß der Kampf gegen die religiöse Unwissenheit — oder die Mission im Falle der vielen Millionen Indios, die in Perú, Ecuador und Bolivien, in Mittelamerika und Mexiko leben und noch nicht getauft sind — nur im Rahmen einer allgemeinen Bekämpfung der Unwissenheit, des Analphabetentums und des sozialen Elends auf Erfolg hoffen kann. Diese Tatsache — die mit dem Liebesgebot der christlichen Religion eng verbunden ist — kann zugleich dazu führen, das christliche Bewußtsein der übrigen Bevölkerungsschichten zu beleben, an die appelliert werden muß, damit sie diesen vernachlässigten Teil ihrer Landsleute als vollwertigen Brüdern zu Hilfe kommen. Eben diese Mahnung klingt aus den verschiedenen Hirtenbriefen und Erklärungen der lateinamerikanischen Bischöfe immer häufiger heraus.

„Mündlicher Unterricht“ und Radioschulen

Vor kurzem hat der Lateinamerikanische Bischofsrat die Herausgabe eines neuen Katechismus beschlossen. Unter Leitung des Maryknoll-Missionars P. James McNiff soll eine Kommission von Priestern und Theologen den Katechismusstoff den besonderen lateinamerikanischen Problemen anpassen; durch einen schriftlichen Kurs sollen die Diözesanpriester, die Religionsunterricht erteilen, in die neue Methode eingeführt werden, und auch in den Priesterseminaren soll eine besondere katechetische Schulung stattfinden. Der Bischofsrat hat zudem begonnen, neue Gebetbücher in den wichtigsten Sprachen des Kontinents, Spanisch und Portugiesisch, aber auch in den verbreitetsten Indianersprachen: Quechua, Guaraní und Aymará, herauszugeben. Dabei hat der Bischofsrat ständig die große Zahl der Analphabeten vor Augen, die nur mündlich unterwiesen werden können, und die Anlage der neuen Texte wird mit Rücksicht darauf vorgenommen, daß er der rein mündlichen Unterweisung dienen muß.

Bei dem ungeheuren Priestermangel, der immer noch in Lateinamerika herrscht, würde der Religionsunterricht aber auf dem Land, in den Armenvororten der Städte und in den entlegenen Gegenden doch nur sehr wenige Menschen erreichen können, wenn sich nicht das System der „Radioschulen“ immer weiter ausbreitete, das ein kolumbianischer Priester, José Joaquín Salcedo, im Jahre 1947 erfand. Er kam damals als 28jähriger Vikar in das kleine Andendorf Sutatenza, 140 km nördlich von Bogotá, mit 80 Einwohnern; zu seiner Pfarrei gehörten jedoch im ganzen ungefähr 9000 Seelen, die weit verstreut wohnen, teils in Tälern, in denen Kaffee gepflanzt wurde, teils auf rauhen und kalten Bergplateaus, wo sie Schafe hielten, mit steilen Abstürzen und Feldern, die kaum erreichbar sind. Die Bevölkerung ist ganz rückständig, bebaut ihren Boden nach den uralten Methoden ihrer Vorfahren, lebt in Hütten ohne Fenster und ohne irgendwelche Hygiene; sie ist dem Alkohol verfallen, schon weil die Schenke die einzige Zerstreung bietet. Nach allerlei anderen Versuchen, das Leben dieser armen und weltverlorenen Bevölkerung zu wandeln und zu erneuern, kam P. Salcedo auf den Einfall, einen kleinen Radiosender zu basteln: der Sender war im Mai 1948 fertig und mit ihm drei „Empfangsstationen“. Aus diesen bescheidenen Anfängen hat sich allmählich „Radio Sutatenza“, die „Acción Cul-

tural Popular“ Kolumbiens, entwickelt, „eines der wichtigsten Volksunterrichtsprogramme der Welt“, wie es in einem Bericht in „La Croix“ (3. 3. 55) hieß. 1955 sendete Radio Sutatenza täglich sechs Stunden und erreichte ungefähr 200 000 Schüler in 12 von den 16 kolumbianischen Provinzen und selbst einige Gegenden von Venezuela und Ecuador. Der Sender Sutatenza ist inzwischen zur stärksten Sendestation von ganz Kolumbien geworden und wird von der kolumbianischen Regierung und von der Unesco subventioniert. Als Empfangsgeräte der Radioschule dienen Apparate von größter Einfachheit, die besonders für die Radioschulen von amerikanischen und holländischen Firmen konstruiert werden. Sie können nur Radio Sutatenza empfangen. Diese Empfangsgeräte stehen in irgendeinem einfachen Raum — oft von der Bevölkerung eigens gebaut —, der als Schule dient und von der Regierung gratis mit einer Tafel, Kreide, Radiergummis, Bleistiften, Heften und Handbüchern sowie mit einer Weckeruhr ausgestattet wird; der Wecker — oder ein Glöckchen — ruft die Schüler zur Zeit der Sendung zusammen. Ein „direkter Helfer“, der zu diesem Rang seines Wissens wegen ernannt worden ist, empfängt die Schüler, stellt den Radioempfänger ein und schreibt die Lektionen auf die Tafel je nach den Anweisungen der „unsichtbaren Stimme“. Der „Helfer“ ist immer ein fortgebildeter Bauer, der sich um das Wohlergehen des Dorfes kümmert.

Die Radioschule erteilt Unterricht in Hygiene, Ackerbau, Viehzucht, Geschäftsmethoden, kulturellen Fragen und Religion. Heute hat P. Salcedo den Titel Monsignore und ist Direktor der Kolumbianischen Radioschulen. Anlässlich der Zweiten Vollversammlung der Katholischen Aktion von Kolumbien im August 1957 berichtete Msgr. Salcedo, daß von den 1086 Landpfarreien Kolumbiens heute 797 fest eingerichtete Radioschulen besitzen. Das System hat jetzt 16778 Laienhelfer. Diese treffen sich häufig, um ihre Probleme miteinander zu diskutieren. Die Schulen liegen in 44 von den 48 kirchlichen Distrikten Kolumbiens. 33 000 Rundfunkempfänger sind in den weitverstreuten Siedlungen der ländlichen Pfarreien aufgestellt.

Sehr bald interessierten sich andere lateinamerikanische Länder für dieses ihren Verhältnissen so gut angepaßte System; 1955 meldete NCWC News Service (28. 11. 55), daß Brasilien, Venezuela und Perú das Beispiel nachahmen wollten. 1956 forderte die mexikanische Regierung die Jesuiten der Indianermission in Tarahumara, in der entlegenen und unzugänglichen Provinz und Diözese Chihuahua, auf, nach dem Vorbild von Sutatenza Radioschulen anzulegen. Diese Radioschulen von Tarahumara haben bereits über Erwarten großen Erfolg gehabt, zumal seitdem die Patres die einheimische Sprache benutzen dürfen. Der Gebrauch dieser Sprache war — nach „La Croix“ (26. 3. 1957) — den Missionen bisher verboten. Das stellte das größte Hindernis für die Übermittlung einer Kultur an die Indianer dieser Landschaft der Sierra Madre dar. Heute ist die Verwendung der Indianersprache nicht nur erlaubt, sondern erwünscht. Die Radioschule erteilt den Indianern jedoch u. a. auch Unterricht in der spanischen Sprache, die sie ja als die Landessprache beherrschen müssen. Man hat errechnet (nach Fidesdienst, 6. 4. 57), daß eine solche Schule für 20 Schüler etwa 60 US-Dollar kostet; in dieser Summe sind der Empfänger, die Batterie, die Antenne, die schwarze Tafel,

zwei geographische Karten, eine Pendeluhr und die notwendige Schulausrüstung für jeden Schüler einbegriffen. Im April 1957 bestanden bereits 32 Schulen, die an den Sender Tarahumara angeschlossen waren; weitere 68 werden von der Bevölkerung gewünscht. Etwa 25 % der Kosten übernimmt das mexikanische Nationalkomitee; den Rest muß die Freigebigkeit der katholischen Welt spenden.

In Brasilien hat die Nordbrasilianische Bischofskonferenz jetzt — nach „Ultramare“ (3. 3. 58) — ihre Zustimmung zur Errichtung eines Schulfunksenders im Amazonasgebiet gegeben, der ebenfalls nach dem Muster von Sutaenza arbeiten soll. Das Netz der von ihm bedienten Schulen soll sich über das gesamte Amazonasgebiet erstrecken, der Sender selber in Tefe oder Santarem errichtet werden. Bei der Erschließung und Kultivierung dieses unzugänglichen und nur spärlich von noch ganz unzivilisierten Indianerstämmen besiedelten Gebietes arbeiten übrigens Staat und Kirche Brasiliens eng zusammen. Sowohl in Mexiko wie in Brasilien handelt es sich bei den Radioschulen um reine Indianermission, Mission bei noch völlig unchristlichen Stämmen, die nur einen kleinen Bestandteil der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Hirtenbriefe der letzten zwei Jahre

Wir haben schon früher einmal — in einem Bericht über Brasilien (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 280—285) — dargelegt, wie in einem lateinamerikanischen Land zwei Kulturen nebeneinander leben (von den indianischen Rückständen im Amazonasgebiet abgesehen), von der nur die eine im öffentlichen Leben in Erscheinung tritt: die der Küste, der großen Städte, der modernen Entwicklung, der abendländischen Überlieferungen und Einflüsse. Etwas Ähnliches gilt auch für die anderen lateinamerikanischen Länder: Die Kultur ihrer Städte ist eine ganz andere als die des bäuerlichen Landes. Die Großstädte haben wohl Außenbezirke von Zuwanderern aus dem Land, die niemals die „städtische“ Kultur assimilieren; aber diese Außenbezirke sind dafür auch bis vor kurzem kaum beachtet worden. Sie gehören in die Welt der Armut, der Rückständigkeit, der Geduld, der Verlorenheit, in der auch der größte Teil der Landbevölkerung lebt: die „Caboclos“ in Brasilien und die „Braceros“ in den einzelnen Ländern spanischer Sprache — Menschen ohne Kontakt mit der westlichen Welt, ohne Bildung und Kenntnisse, Organisation oder Rechte. Sowohl Hilfe und Belehrung für die Landbevölkerung wie desgleichen für das städtische Elendsproletariat (nicht zu verwechseln mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft) steht auf dem Programm des Lateinamerikanischen Bischofsrates. In den bischöflichen Verlautbarungen spiegelt sich das deutlich.

Das Problem der Landreform wird neben dem der gerechten Löhne, der menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und dem Wohnungsproblem — an erster Stelle — im gemeinsamen Hirtenbrief des *kolumbianischen* Episkopats vom 4. 3. 1958 behandelt. Die Bischöfe fordern die Regierung auf, den Großgrundbesitz zu enteignen und unter die Bauern aufzuteilen, von denen heute nur 10 % Eigentümer des Bodens sind, den sie bebauen. Besondere Aufmerksamkeit wenden die kolumbianischen Bischöfe den Landarbeitern ohne festen Wohnsitz zu, die wegen ihres elenden Zustandes ständig den Zustrom zu den Städten steigern, wo sie doch kein Auskommen finden. Sie

werden zum „toten Gewicht“, das die Städte beschwert, und fallen leicht Agitatoren zum Opfer.

Anfang April dieses Jahres hat der *bolivianische* Episkopat ein gemeinsames Hirtenwort erlassen, in dem ebenfalls die Probleme der Landreform und der Bauernschaft eindringlich der Regierung ans Herz gelegt werden. Der bolivianische Episkopat spricht eine sehr energische Sprache, er fordert überall neue Methoden und eine neue Gesinnung. „Sowohl Diözesan- wie Ordenspriester müssen die antiquierten Methoden einer rein ritualistischen Bürokratie aufgeben; sie müssen die christliche Soziallehre in ihrer ganzen Wirklichkeit studieren, praktizieren und lehren, um das Volk wiederzugewinnen. Unsere Gläubigen müssen aus ihrem Traum eines komfortablen Mittelstandskatholizismus erwachen und sich in der Liebe Christi zusammenschließen, um eine bessere Welt, eine christliche Welt sozialer Gerechtigkeit und brüderlicher Liebe zu schaffen... Die neue Zeit, in der wir leben, verlangt neue Methoden.“ In bezug auf das Agrarproblem bedauern die bolivianischen Bischöfe, daß die Reformen von 1953 „praktisch in eine kommunistisch gefärbte Revolution ausgeartet sind“. Daher hätten die Bauern sich sogar zu Gewaltakten, Terror und Anarchie hinreißen lassen. Die Kirche sei jedoch immer auf Seiten einer gerechten Reform. Sie habe sich um die Landbevölkerung gekümmert durch Errichtung von Schulen, landwirtschaftlichen Kooperativen, Bauerngewerkschaften und die Schaffung einer Katholischen Aktion des Landvolks; um so beklagenswerter sei es, daß sie in ihrer sozialen Tätigkeit auf den Widerstand des Landwirtschaftsministeriums stoße.

Auch in dem großen Hirtenbrief des Erzbischofs von Caracas, Msgr. Rafael I. Arias Blanco, vom 1. Mai dieses Jahres, der die Regierung *Venezuelas* zur sozialen Gerechtigkeit in all ihren Formen ermahnt, wird das Problem der Landbevölkerung angeführt. „Um soziale Gerechtigkeit zu schaffen, ist es unerlässlich, daß der bäuerlichen Bevölkerung Venezuelas die gebührende Aufmerksamkeit zugewandt und daß ihr fruchtbares Land zugeteilt wird.“ Wenn jede Bauernfamilie das Land, das sie bebaue, zu eigen habe, und wenn die Landzuteilungen groß genug seien, werde die Landbevölkerung es nicht mehr nötig haben, in die Städte abzuwandern (die venezolanische Landflucht ist ein ganz besonders schweres und verhängnisvolles Übel). Den Erzbischof von Caracas beschäftigt im übrigen naturgemäß mehr das städtische Proletariat, seine unvorstellbare Armut gegenüber dem riesigen Reichtum gewisser Schichten, seine jammervollen Behausungen, seine Laster: Trunk und Spiel. (Die Bekämpfung der Elendsquartiere am Rande einer glänzenden Weltstadt ist übrigens auch das Anliegen des Weihbischofs Helder Camara von Rio de Janeiro, *Brasilien*, der die etwa 400 000 Bewohner der sogenannten favelas, Blechhütten und Baracken am Abhang des Corcovado, zu einem menschenwürdigeren Leben führen möchte, indem er die favelas zum Verschwinden bringt und ordentliche Wohnungen an ihrer Stelle baut.)

Die Sorge um die indianische Bevölkerung — die in einigen Staaten einen bedeutenden Prozentsatz der Bevölkerung ausmacht: in Ecuador etwa die Hälfte, noch mehr in Guatemala — ist das Thema einiger anderer bischöflicher Verlautbarungen der letzten Zeit in Lateinamerika. Anfang November 1957 haben die Bischöfe *Mexikos* ihre Gläubigen aufgefordert, ein 8-Punkte-Programm durch-

zuführen, um das Elend der 5 Millionen Indios des Landes zu erleichtern. Die mexikanischen Bischöfe gaben diese Erklärung beim Abschluß ihrer Vollversammlung in Mexico City ab. Sie stellten fest, die „beklagenswerten Verhältnisse der mexikanischen Indianer seien gekennzeichnet durch eine große unverdiente Armut, ein unvollkommenes religiöses und moralisches Leben, das Fehlen kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Bildung, den Mangel an Hygiene und durch viele Krankheiten“. Die Isolierung, in der die Indianer infolge der fehlenden Verbindungswege und der vielen Dialekte leben, wird ewig unverändert durch die Jahrhunderte fort dauern und ernste Folgen für sie selber und die Nation haben, wenn ihnen nicht geholfen wird. Zu ihrer Hilfe sollen folgende acht Punkte dienen:

1. Förderung der religiösen Unterweisung;
2. Errichtung eines elementaren Unterrichtssystems;
3. Bezahlung gerechter Löhne, wenigstens eines Existenzminimums;
4. Erziehung zur Hygiene und zu Kenntnissen in der Hauswirtschaft;
5. Erziehung zur Sparsamkeit;
6. ein Programm, um das große Problem des Alkoholismus zu bekämpfen;
7. Schaffung von Verkehrswegen, um die Indianergebiete der Nation einzugliedern;
8. Zusammenarbeit der bereits bestehenden interessierten Institutionen.

In diesem Zusammenhang wies die bischöfliche Erklärung auf das Wirken der Jesuiten von Tarahumara hin, von der wir oben gesprochen haben; sie können etwa 30 000 Indianer betreuen.

Einen ähnlichen und von diesem inspirierten 8-Punkte-Plan schlug im März dieses Jahres Bischof Silvio Luis Haro von Ibarra in Ecuador vor. Dort allerdings hat die Sorge um die Indios eine weit größere Bedeutung, da sie über die Hälfte der Nation ausmachen (Ecuador hat 3,5 Millionen Einwohner, von denen nur eine halbe Million Weiße, die übrigen Indios und Mischlinge sind).

In Guatemala besteht die Bevölkerung von 3,5 Millionen Menschen zu 65 % aus Indianern und zu 35 % aus Mischlingen und Europäern. Erzbischof Mariano Rossel Arellano von Guatemala City setzte sich für die große Indianerbevölkerung in einem Hirtenbrief im Oktober 1957 dringend ein. Fast hundert Jahre lang habe man den Indianern Guatemalas keinerlei Gelegenheit gegeben, ihr Los zu verbessern. Allzu lang sind die Indianer nur ausgenutzt worden zu Zwangsarbeit auf den Plantagen und beim Straßenbau, beim Militär und als touristische Attraktion. „Der Eingeborene spielt eine große Rolle im sozialen Leben Guatemalas: er hat einen großen Anteil an der Landwirtschaft ebenso wie beim Militär. Aber wenn man bedenkt, daß er die große Mehrheit unseres Volkes ausmacht, muß man sich fragen, ob er mit dem Minimum von Demokratie behandelt wird, das in anderen Ländern rassische oder sprachliche Minderheiten erfahren...“ Warum werden die Gesetze nicht auch in ihre Sprache übersetzt? Warum gibt es keine besonderen Schulen für diese künstlerisch so begabte Rasse? Warum gibt es keinen gesetzlichen Schutz für sie gegen Ausbeutung ihrer Kräfte? Als Mitglieder der guatemalteckischen Gemeinschaft haben sie ein Recht auf die kulturellen Güter der Nation und darauf, als Menschen behandelt und in ihren Sitten beschützt zu werden. „Der eingeborene Teil ist die große mensch-

liche Schatzkammer Guatemalas.“ Der Erzbischof fordert daher für den guatemalteckischen Indio soziale Gerechtigkeit und Unterricht.

Wenn diese Bemühungen der lateinamerikanischen Episkopate Erfolg haben, wenn die Regierungen auf ihre Mahnungen hören, so können die lateinamerikanischen Länder zu anderen Nationen werden, als sie es jetzt sind und vor allem sein möchten: weniger spanisch, weniger portugiesisch, „realer“ und darum zweifellos auch für die Verkündigung der Kirche ansprechbarer und damit christlicher.

Das neo-marxistische Parteiprogramm der österreichischen Sozialisten

Die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) hat auf ihrem Parteitag in Wien am 13. und 14. Mai 1958 einstimmig das neue Parteiprogramm beschlossen, zu dem der Parteitag vom November 1957 einen ersten Entwurf, „Vorentwurf“ genannt, geliefert hatte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 243 ff.). Dieser Vorentwurf löste eine lebhaft diskutierte Diskussion in der Partei aus; etwa 7400 Veranstaltungen fanden statt, und fast 1400 ergänzende und abändernde Anträge wurden gestellt, worauf die Programmkommission einen neuen Entwurf ausarbeitete, der nun zum Beschluß erhoben worden ist.

Gegenüber dem ersten Entwurf ist das vorliegende Programm erheblich gekürzt und auch inhaltlich geändert. Es beginnt mit der Darlegung der allgemeinen Grundsätze der Sozialisten; dann folgen vier Kapitel: Staat und Gesellschaft; Wirtschaft; Sozialpolitik; Kulturpolitik und ein Schlußwort „Sozialismus — heute und morgen“.

„Freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit“ und Demokratie

Das Ziel der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist (wie schon das Vorprogramm sagte) „die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit“. Die Klassen sollen beseitigt und der Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit gerecht verteilt werden. „Daher kämpfen die Sozialisten gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung durch politische Gewaltherrschaft und privatwirtschaftliche oder staatskapitalistische Macht. Sie wollen die Selbstsucht der kapitalistischen Profitwirtschaft durch eine neue Gesinnung der freien Arbeit ersetzen, die die wirtschaftliche Tätigkeit als bewußten Dienst an der Gemeinschaft auffaßt.“

Die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit ist nur auf dem Boden der Demokratie möglich. „Die Sozialisten bekennen sich uneingeschränkt zur Demokratie. Sie waren immer Verteidiger, niemals Beseitiger der Demokratie.“ Sozialismus und Demokratie stehen in einem engeren Konnex miteinander: „Sozialismus ist uneingeschränkte, politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie; Sozialismus ist vollendete Demokratie.“

Abgrenzung zum Kommunismus

Der Kommunismus wird entschieden abgelehnt. Doch gegenüber dem Vorentwurf ist die Ablehnung diesmal viel zahmer gehalten. Es heißt nun: „Zwischen Sozialismus und Diktatur gibt es keine Gemeinschaft. Daher sind die Sozialisten unbeugsame und kompromißlose Gegner des Faschismus wie des Kommunismus.“ Und im Schlußwort: „Der Sozialismus kann sich weder mit dem Kommunismus noch mit dem Kapitalismus versöhnen.“ Viel